

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

9. Ausgabe / 28. Jahrgang

Für Halle und den  
Saalekreis

12. September 2018

## In Berlin und (H)alle dabei – Von Rechtsgleichheit zur Akzeptanz und Liebe für alle

Am 8. September ist es wieder soweit und in Halle steigt eine große Party auf dem Marktplatz mit lauter bunten Menschen und jeder Menge Regenbögen. Der Christopher Street Day in Halle steht unter dem Motto "Von Rechtsgleichheit zur Akzeptanz".

Vor 49 Jahren – am 28. Juni 1969 – kam es in New York zum ersten Aufstand homosexueller Menschen überhaupt. Sie widersetzten sich einer Razzia in der Schwulenbar Stonewall Inn in der Christopher Street und gingen geschlossen auf die Straße, um für ihre Rechte einzutreten. Das war die Geburtsstunde der Homosexuellenbewegung.

Von New York aus breitete sich im Laufe der Jahre die Bewegung auch in Europa aus und seitdem wird jährlich der Christopher Street Day begangen. In der Zwischenzeit hat sich so einiges getan in Sachen Gleichstellung von homosexuellen Menschen – auch wenn es lange Zeit gebraucht hat. Seit dem 1. Oktober 2017 gilt die Ehe für alle, die es auch gleichgeschlechtlichen Paaren erlaubt eine Ehe einzugehen. Männer, die nach dem Zweiten Weltkrieg wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen bestraft wurden, sind nun endlich rehabilitiert worden und ihnen steht auch eine Entschädigung zu. Im Geburtenregister wird eine dritte Geschlechtsoption möglich gemacht.

Trotzdem gibt es noch vieles, um das gekämpft werden muss. Denn eine Gleichheit vor dem Gesetz ist das eine, Akzeptanz etwas anderes. So listen die Veranstalter\*innen des Christopher Street Day in Halle auf ihrer Homepage einige politische Forderungen auf, für die sie am 8. September demonstrieren werden. Sie wollen zum Beispiel:

- \* ein Benachteiligungsverbot im Grundgesetz und in der Landesverfassung wegen der sexuellen Identität
- \* die volle rechtliche Anerkennung und Gleichstellung aller Familienformen
- \* die Modernisierung des Transsexuellenrechts

\* das Selbstbestimmungsrecht für inter\*sexuelle Menschen

\* das Ende vom Ausschluss bei Blutspenden

... und vieles mehr. Die Liste ist lang, noch, immer noch – im Jahr 2018. Das heißt, dass wir immer noch um die Gleichstellung homo-, bi-, trans- und intersexueller Menschen sowie Transgender kämpfen und uns mit ihnen solidarisieren müssen, damit auch sie endlich volle Akzeptanz in der Gesellschaft erhalten. Um 11:00 Uhr startet die Demo am Rosa-Luxemburg-Platz in Halle, ab 13:00 Uhr dann die Party auf dem Marktplatz mit traditionell buntem Programm und zahlreichen Gästen. Meine Genoss\*innen und ich werden natürlich dabei sein und kräftig mitfeiern.

Denn auch meine Fraktion steht seit Jahren für die Rechte queerer Menschen ein. Wir fordern die rechtliche Gleichstellung von Lesben und Schwulen sowie die Wahrung der Grundrechte von Transsexuellen, Intersexuellen und Transgender. Wir wollen den Ausbau von Antidiskriminierungsgesetzen, wie dem Allgemeinem Gleichbehandlungsgesetz und die Einführung von sogenannten proaktiven Maßnahmen, wie Schulaufklärung über die sexuelle Vielfalt. Wir wollen medizinische und psychologische Leistungen für transsexuelle Menschen sicherstellen. Wir fordern ein Verbot geschlechtsangleichender Operationen vor der Einwilligungsfähigkeit der Betroffenen. Wir unterstützen die politischen Forderungen der Demonstrierenden am 8. September. Wir stehen auf gegen Diskriminierung von Minderheiten jeder Art und streiten für Gleichberechtigung und Teilhabe, Akzeptanz und Toleranz.

Macht mit und kommt dazu: 11:00 Uhr am Rosa-Luxemburg-Platz, 13:00 Uhr auf dem Marktplatz in Halle. Gay Power, Regenbögen und Liebe für alle.

Da geht noch was.

Dr. Petra Sitte

## Entschädigungs-Unrecht bei NS-Opfern beenden

Am Morgen des 5. Juli starb Ludwig Baumann, der Vorsitzende der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, im Alter von 96 Jahren, in Bremen, in einem Bremer Pflegeheim.

Die Nachricht von seinem Tod war ein kleiner Schock für mich, auch wenn man natürlich angesichts seines hohen Alters und seines bewegten Lebens stets davon ausgehen musste.

Ludwig war ein guter Freund und wichtiger Mitkämpfer für die pauschale Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure und sogenannten Kriegsverräter, die es ohne sein Engagement wahrscheinlich bis heute nicht geben würde. Seinem Leitgedanken, 'Wenn mehr den Krieg verraten hätten, hätten viele Millionen Menschen weniger zu sterben brauchen' kann sich jeder Mensch, der für den Frieden und gegen den Krieg aufsteht, uneingeschränkt anschließen. Ludwig hat sich mit seiner Desertion aus der verbrecherischen Wehrmacht gegen das Morden in Europa gestellt. Er wurde als Wehrmachtsdeserteur zunächst zum Tode verurteilt, hat den Faschismus überlebt und wurde jahrzehntelang in der BRD ausgegrenzt.

Dass ich allerdings kurz nach Ludwigs Tod erfahren musste, dass die Bundesregierung NS-Opfern, die Leistungen nach den, 'Richtlinien der Bundesregierung über Härteleistungen an Opfer von nationalsozialistischen Unrechtsmaßnahmen im Rahmen des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes' (AKG) beziehen, bei Umzug in ein Alten- oder Pflegeheim die monatlichen Leistungen kürzt, hat mich nicht nur schockiert, sondern regelrecht wütend gemacht.

Doch der Reihe nach:

Auf der Grundlage der AKG erhielt Ludwig seit 1993 eine monatliche Opferrente, zuletzt in Höhe von 645,91 Euro.

In den AKG-Härterichtlinien heißt es zwar, die gewährten Leistungen, 'sollen den Betroffenen als Ausgleich für das erlittene Unrecht zugutekommen', weswegen sie auch nicht auf andere staatliche Leistungen angerechnet werden. Ludwigs Sohn André erhielt nun jedoch rund zwei Wochen nach dem Tod seines Vaters eine Zahlungsaufforderung der Generalzolldirektion Köln. Die Behörde macht darin eine Überzahlung von 4.157,46 Euro geltend und fordert

- nach Einbehalt zweier Monatsrentenbezüge - von dem Erben einen Betrag von 3453,46 Euro, den sein Vater angeblich zu viel erhalten habe. Sie beruft sich dabei auf § 6 Abs. 5 der Härterichtlinien des AKG. In der Verwaltungsvorschrift wird an dieser Stelle eigentümlicher Weise danach unterschieden, wo der jeweilige Betroffene lebt. Falls er sich in einem Alten- oder Pflegeheim befindet, ändert sich die Berechnung seines Anspruchs - und er bekommt fast nur noch die Hälfte seiner Opferrente in Form eines 'Heimtaschengeldes' in Höhe von 352 Euro.

Das Finanzministerium begründet dies damit, dass bei einem Umzug aus einer Wohnung in ein Alten- oder Pflegeheim die bedarfsorientierten Leistungen angepasst würden, 'da insbesondere andere Einrichtungen hinzutreten, die anfallende Kosten übernehmen, und sich dadurch die Bedarfsstruktur ändert.' Diese Regelung für Heimbewohner ist nicht nachvollziehbar und hochgradig diskriminierend.

Bei der Opferrente handelt es sich, wie oben erwähnt, um einen Ausgleich für das erlittene Unrecht.

Dieses Unrecht wird nicht geringer, wenn der Überlebende in ein Heim umzieht.

Das Unrecht wird vielmehr noch größer, wenn ein Staat, der sich jahrzehntelang geweigert hat, überhaupt irgendeine Entschädigung zu zahlen, und der die verantwortlichen NS-Täter größtenteils ungeschoren ließ, den Opfern im hohen Alter die Leistungen wieder zusammenkürzt.

Die Kürzung können Betroffene in ihrer letzten Lebensphase deshalb nur als eine abschließende Beleidigung, Demütigung, ja als Verhöhnung empfinden.

Die Härtefallregelungen für NS-Opfer müssen deshalb dringend reformiert werden.

DIE LINKE wird in Kürze eine entsprechende parlamentarische Initiative starten und ich hoffe, dass wir dafür fraktionsübergreifende Unterstützung erhalten werden.

Jan Korte,

Jg. 1977, Politikwissenschaftler M.A., MdB,

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Linken im Bundestag;

Mitglied im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung

EINTRITT FREI

**marx200**  
MARX200.ORG

SZENEN – LESUNG – VORTRAG – MUSIK

# LIEBE ALS KAPITAL

KOPFÜBER HERZ VORAUSS  
JENNY UND KARL MARX  
UND IHR WEG IN DIE POLITIK

20. SEPTEMBER 2018 | 18:00 UHR HALLE



Schaufenster des Neuen Theaters, Große Ulrichstr. 51, 06108 Halle

Eine Veranstaltung zu Ehren des 200. Geburtstages von Karl Marx

Mit Caroline Vongries (Autorin & Journalistin, Rezitation & Moderation) und dem Ensemble Theatrum Hohenerxleben: Judith Kruder (Schauspiel & Dramaturgie), Hubertus von Krosigk (Schauspiel & Gesang), Josefin Rabehl (Musik & Gesang)

Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt mit der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle

**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**  
SACHSEN-ANHALT

## Aus der letzten Stadtratssitzung am 29.08.2018

Die Sommerpause ist zu Ende. Mit der Stadtratssitzung am 29.08.2018 wurde ein interessantes 2. Halbjahr der Arbeit im Stadtrat eingeleitet.

Der Oberbürgermeister nutzte seinen Bericht dazu, auf Höhepunkte im Sommer und auf laufende Aktivitäten aufmerksam zu machen. So fand z.B. vom 28. Juni bis 1. Juli in unserer Stadt das erste internationale Filmfestival für Wissenschaft und Medien, „Silbersalz“ mit großem Erfolg statt. Und auch die Weltmeisterschaften im Modernen Fünfkampf mit 120 Sportlern aus 25 Nationen haben ihren Anteil daran, dass unsere Stadt bekannter wird.

Interessant ist auch, dass die Paul-Riebeck-Stiftung den Grundstein für eine neue Wohnanlage am 31. Juli gelegt hat. 83 neue Seniorenwohnungen entstehen dort. Und eine neue Kita in der Schimmelstraße mit 130 Plätzen wurde inzwischen eröffnet. Das Laternenfest – auch ohne Feuerwerk – war auch wieder ein Erfolg für die Stadt Halle (Saale).

Die Ausführungen des Oberbürgermeisters zur Bebauung des Riebeckplatzes hingegen werden seitens der Fraktionen nicht widerspruchlos hingenommen. Es gibt beschlossene Leitlinien zur Bebauung des Riebeckplatzes. Ein einheitliches Konzept für die Gestaltung des Riebeckplatzes wäre also das große Ziel. In der Vergangenheit, über den Sommer, gab es seitens der Verwaltung verschiedene Vorlagen, die z.B. den Bau eines Kongresszentrums beinhalteten und dazu auch entsprechende Investoren vorstellten. Der Planungsausschuss hatte einen Tag vor der Stadtratssitzung eine Vorlage - ein Bebauungsplanverfahren einzuleiten - vertagt. Die Vertagung war auch aus unserer Sicht notwendig, weil es zu viele offene Fragen gab. Dieser Plan beinhaltete die Bebauung „einer

Ecke“ am Riebeckplatz. Der Stadtrat fühlt sich einfach nicht mitgenommen und hält am Gesamtkonzept der Gestaltung des Riebeckplatzes fest. Der OB hat die Vertagung als das falsche Signal an alle Investoren der Stadt gewertet. Das Thema wird uns weiter beschäftigen!

Ohne größere Diskussion wurden die Jahresabschlüsse der Stadtwerke, des Zoo\*s, der TOO H und der Saalesparkasse angenommen.

Ohne Diskussion wurde eine Vorlage angenommen, 12 zusätzliche Ausbildungsstellen für die dualen Studiengänge „Öffentliche Verwaltungsökonomie“ an der Hochschule Harz zu schaffen. Das ist eine gute Grundlage, um auch in unserer Verwaltung für qualitativ guten Nachwuchs zu sorgen!

Vertagt wurde der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Riebeckplatz Ost“.

Die meisten Anträge wurden in die Fachausschüsse zur weiteren Beratung verwiesen. Dazu gehören z.B. ein Antrag der GRÜNEN zu einem Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption oder der Antrag der Fraktion MITBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Umgestaltung des Bürgerhaushaltes.

Die nächste Stadtratssitzung wird am 26. September 2018 stattfinden.

Ute Haupt, Stadträtin

### **Gemeinsames Basis-Treffen der BO Riebeckplatz/Hofjäger und Silberhöhe am 12.09.18 ab 17 Uhr im Linken Laden :**

Gesprächsrunde/Diskussion mit  
**Dr. Achim Bittrich,**  
Landesschatzmeister DIE LINKE.  
Sachsen-Anhalt,  
über Themen der Landespolitik und aktuelle  
Probleme  
Gäste sind herzlich willkommen!

### **Senioren-Cafe' am 26.09.18 ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4**

Genossin Christine Zarend liest:  
„Wie das Pfarrhaus in Brehna saniert wurde.  
Eine Farce.“

### **Vorschau Oktober:**

### **Senioren-Cafe' am 24.10.18 ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4:**

„Lob der Nation. Warum wir den Nationalstaat  
nicht den Rechtspopulisten überlassen“  
von Michael Bröning  
Buchvorstellung und Diskussion von/ mit  
Dr. Viola Schubert-Lehnhardt

## 100 Jahre Frauenwahlrecht

Dass Frauen heute gleichberechtigt wie Männer wählen und sich selber zur Wahl stellen dürfen, war nicht immer so. Das Frauenwahlrecht musste hart erkämpft werden, härter noch, als es bei den Männern der Fall war. Und manchen Frauen kostete ihr Einsatz sogar das Leben.

Die Ursprünge des Kampfes für ein Wahlrecht können wir heute bis zur Französischen Revolution 1789 zurückführen. Damals galt die Forderung nach „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“. In der „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ 1789 wurde schließlich das Wahlrecht für alle männlichen Bürger verankert. Die „Brüderlichkeit“ ließ damals aber die Frauen außen vor. Olympe de Gouges verfasste daraufhin 1791 eine „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“. Sie lehnte zudem eine Regierung ab, die Frauenrechte nicht anerkannte. Das führte sie 1791 unter die Guillotine.

1848 schrieb die Frauenrechtlerin Louise Dittmer folgende Worte: „Wohl spricht man viel von Freiheit für alle, aber man ist gewöhnt unter dem Wort ‚alle‘ nur die Männer zu verstehen.“

Ihr Zitat beruht auf der Tatsache, dass zur Wahl der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche 1848 nur besitzende Männer ab 25 Jahre vertreten waren. Die Frau an sich hatte kein Wahlrecht, kein Recht auf Erwerbstätigkeit oder persönlichen Besitz und war als Ehefrau sozial und ökonomisch von ihrem Mann abhängig. Unverheiratete Frauen lebten in Abhängigkeit ihrer Väter.

In der Mitte des 19. Jahrhunderts hatten Frauen kein Recht auf Mitgliedschaft in politischen Vereinen und auf Versammlungsfreiheit. Sie durften sich nur in unpolitischen Vereinen engagieren. Nichtsdestotrotz schlossen sich Frauen in Gruppen und Vereinen zusammen, um sich z.B. für das Recht auf Bildung und Erwerbstätigkeit sowie der Teilnahme am politischen Leben und ökonomische und soziale Selbständigkeit einzusetzen.

Am 11. März 1870 trat das Preußische Vereinsgesetz in Kraft. Dort hieß es in §9: „Für alle Vereine, welche bezwecken politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, [...] dürfen keine Frauenspersonen [...] als Mitglieder aufnehmen; Sie dürfen nicht mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung treten, insbesondere nicht durch

Komitees, Centralorgane oder ähnliche Einrichtungen oder durch gegenseitigen Schriftwechsel [...]. Frauenspersonen [...] dürfen den Versammlungen und Sitzungen solcher politischer Vereine nicht beiwohnen. Werden dieselben auf Aufforderung des anwesenden Abgeordneten der Obrigkeit nicht entfernt, so ist Grund zur Auflösung der Versammlung oder der Sitzung vorhanden.“ Frauen durften sich nunmehr per Gesetz nicht politisch betätigen oder Mitglied in einer politischen Partei werden.

1871 wird mit Gründung des Deutschen Reiches das allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime – aktive und passive – Wahlrecht für Männer über 25 Jahre, die im Besitz der bürgerlichen und politischen Ehrenrechte sind, für den Reichstag eingeführt. Unberührt bleiben die verschiedenen Regelungen für die Landesparlamente sowie kommunale Wahlgesetze; es gilt weiterhin das Dreiklassenwahlrecht. Frauen dürfen weiterhin weder in den Kommunen noch für den Reichstag wählen.

1873 schrieb Hedwig Dohm in ihren Schriften, dass das Frauenwahlrecht die Voraussetzung für die Durchsetzung weiterer Rechte ist. Sie appelliert an die Frauen: „... fordert das Stimmrecht, denn über das Stimmrecht geht der Weg der Selbständigkeit und Ebenbürtigkeit, zur Freiheit und zum Glück der Frau.“

1876 publiziert sie in ihrer Schrift „Der Frauen Natur und Recht“ die Forderung der politischen Rechte für Frauen bis hin zum Stimmrecht. Darin diskutiert sie die Frage, wie sich Frauen aus ihrer Rechtslosigkeit befreien und an der Macht beteiligen können. Sie schreibt: „Die Menschenrechte haben kein Geschlecht.“

1888 wird von Minna Cauer der Verein „Frauenwohl“ in Berlin gegründet. Hier werden offen Forderungen nach politischen Rechten für die Frau laut.

1891 nimmt erstmals eine Partei, die SPD, auf ihrem Erfurter Parteitag die Forderung nach dem Frauenstimmrecht in das Parteiprogramm auf. Zudem berichtet Clara Zetkin den Delegierten über die proletarische Frauenbewegung.

1894 gründet sich der „Bund Deutscher Frauenvereine“ (BDF) als Dachorganisation der gemäßigten Frauenbewegung. Der Bund vereinte 34 gemeinnützige Vereine. Jedoch wurden die proletarischen und auch die sozialdemokratischen Frauenvereine nicht Mitglied.

1902 gründete sich in Hamburg der „Deutsche Verein für Frauenstimmrecht“. Er ist der erste Verein, der einzig das Ziel hat, das Wahlrecht für Frauen im deutschen Reich zu fordern. 1904 wird der Verein zum Verband.

Am 15. Mai 1908 wird das Preußische Vereinsrecht aufgehoben und somit fällt das Verbot für Frauen, in politischen Parteien und Organisationen Mitglied zu werden. Sie dürfen nunmehr sogar politische Vereine gründen.

1911, am 19. März, fand der erste Internationale Frauentag statt. Er wurde von Clara Zetkin und Käthe Duncker organisiert. Dieser Tag soll den Kampftag für das Frauenwahlrecht symbolisieren.

1914 existierten auf Grund von Richtungsstreitigkeiten innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung drei Verbände. Zwar waren alle für das Frauenstimm- und -wahlrecht, aber unklar war, wie dies erreicht werden soll. Sollte es erkämpft werden? Sollten Männer den Kampf unterstützen? Oder sollte es sich verdient werden?

1917 wurde verlautbart, dass der Deutsche Kaiser eine Wahlrechtsreform anstrebte, die Forderung der Frauen auf ein Wahlrecht aber ignorierte. Deshalb beschlossen bürgerliche und sozialistische Aktivistinnen am 22. September, sich gemeinsam für das Frauenwahlrecht einzusetzen. Sie übergaben dem Preußischen Landtag eine „Erklärung zur Wahlrechtsfrage“, in welcher die Frauen auf ihre Leistungen, ihre Arbeit und ihre Einsatzbereitschaft während des Krieges hingewiesen haben.

Im Oktober 1918 erhielt der Reichskanzler Max von Baden ein gemeinsames Schreiben von 58 deutschen Frauenorganisationen. Sie forderten, ihrem Verlangen nach einem Wahlrecht zu entsprechen. Nachdem im November der Sturz der Monarchie endgültig besiegelt war und Philipp Scheidemann am 9. November die Republik ausrief, stellte der Rat der Volksbeauftragten am 12. November sein Regierungsprogramm vor. Ein wichtiger Teil davon war eine Wahlrechtsreform, die auch das Frauenwahlrecht enthielt. Wahlberechtigt sollten nunmehr alle Frauen und Männer ab 20 Jahre sein. Am 30. November 1918 wurde das aktive und passive Wahlrecht in der Verordnung über die Wahl zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung verankert.

Am 19. Januar 1919, der Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung, nahmen erstmals Frauen

als Wählerinnen und Gewählte teil. Der Anteil der wahlberechtigten Frauen war mit über 80 Prozent extrem hoch. Es kandidierten 300 Frauen. Von insgesamt 437 Abgeordneten zogen 37 Frauen in die Nationalversammlung ein.

Am 19. Februar 1919 hielt Marie Juchacz als erste Frau eine Rede in der Nationalversammlung. Sie begann ihre Rede mit folgenden Worten:

„Meine Herren und Damen! Es ist das erste Mal, dass in Deutschland die Frau als freie und gleiche im Parlament zum Volke sprechen kann [...]. Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.“

Heute ist das Wahlrecht für Frauen in Deutschland selbstverständlich. Aber es musste hart erkämpft werden und sich gegen viele Vorurteile von Männern und Frauen durchsetzen. So galten Frauen früher als vermindert intelligent. Und da sie Kinder gebären konnten, schien ihnen ein Leben für den privaten und politikfernen Bereich vorbestimmt.

Am 23. Mai 1949 wurde mit großem Einsatz der Juristin Elisabeth Selbert der Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ in Artikel 3, Abs. 2 des Grundgesetzes als Verfassungsgrundsatz aufgenommen. Trotz dieser formalen Gleichberechtigung sind Frauen auch 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts in Führungspositionen in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft unterrepräsentiert. Jedoch, das Zahlenverhältnis von Männern und Frauen in den Parlamenten hat sich verbessert. Dennoch ist der weibliche Anteil der Abgeordneten im Deutschen Bundestag heute lediglich 31 Prozent.

Daniela Müller

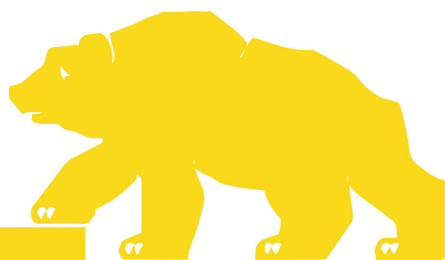
Redaktion Saalekreis

### **Neonazismus/Rassismus**

**Dienstag, 16.10. 18.00, Vortrag und  
Diskussion**

Ideologische Grundlagen der AfD und  
Gegenstrategien  
mit

Prof. Manfred Weißbecker (Jena)  
im Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6,  
06122 Halle  
gemeinsame Veranstaltung der RLS Sachsen-  
Anhalt mit der VVN-BdA Sachsen-Anhalt



**22. September 2018 10:00 - 16:00 Uhr**

## **Wohlfühlkommune**

**Wohlfühlkommune für alle! Kommunalpolitische Werkstatt. Tagungsort: Hotel „Stadt Köthen“; Fr.-Ebert-Straße 22, 06388 Köthen**

### **Themen:**

Willkommenskultur - Chancen und Aufgaben; Impulsbeitrag: Georg Schütze, Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt

Bildung in der Wohlfühlkommune - Ideen und Erfahrungen; Impulsbeitrag: Frank Tillmann, Deutsches Jugendinstitut Halle e.V.

Kommunale Belange kontra Privateigentum; Impulsbeitrag: Dr. Angelika Klein, Landrätin Mansfeld-Südharz

Digitalisierung als Dienstleistung zum Wohlfühlen; Impulsbeitrag: Andreas Kluge, Geschäftsführer Zweckverband Breitband Altmark

9:30 Uhr - Ankommen

10:00 Uhr - Begrüßung

10:15 Uhr bis 11:00 Uhr - Impulsbeiträge zu den vier Themen

11:00 Uhr bis 12:00 Uhr - Erste Runde an den Thementischen

12:00 Uhr - Mittagspause

13:00 Uhr bis 14:30 Uhr - Zweite und dritte Runde an den Thementischen

14:30 Uhr - Kaffeepause

14:45 Uhr bis 15:30 Uhr - Ergebnisse des Austausches an den Thementischen durch die Moderierenden und Feedback der Teilnehmenden.

ca. 15:30 Uhr - Ende der Veranstaltung



**Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat September Geburtstag haben.**



### **Linkes Blatt**

#### **Impressum:**

DIELINKE Halle, Stadtvorstand

DIELINKE Saalekreis

Leitergasse 4

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

#### **Spende erbeten**

Endredaktion dieser Ausgabe:

06.09.2018

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 04. 10. 2018

## Als der Prager Frühling niedergeschlagen wurde

Vom Prager Frühling wird gesprochen, als die Tschechoslowakei unter Führung Dubceks versuchte, die Gesellschaft von den stalinistischen Fesseln zu befreien und einen demokratischen Sozialismus zu wagen. Darunter verstand Dubcek freie Wahlen, freie Medien und eine freie Wirtschaft. Das wurde jedoch nicht stillschweigend von der Sowjetunion in Kauf genommen. Acht Monate nach der Ankündigung der Reformen beendete die Sowjetunion mit Waffengewalt das Reformexperiment.

\*\*\*\*

Die Menschen in der Tschechoslowakei hatten wieder Hoffnung, als Anfang Januar 1968 der Slowake Alexander Dubcek zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei ernannt wurde. Dubcek verfolgte einen anderen Parteikurs als bis dahin; er wollte die Abschaffung der Zensur, Reisefreiheit und freien Zugang zu den geheim gehaltenen Informationen über den stalinistischen Terror. Bereits Jahre zuvor forderten Intellektuelle und Schriftsteller der Tschechoslowakei eine Liberalisierung der Gesellschaft. Dubcek hatte nun gute Möglichkeiten, seine Ziele zu erreichen. In den anderen sozialistischen Ländern wurde der beginnende Umbruch in der Tschechoslowakei argwöhnisch beäugt. Sie reagierten schockiert über das Reformprogramm und sie fürchteten um ihr Machtmonopol. Der sowjetische Parteichef Breshnew setzte Dubcek monatlang unter Druck. Dubcek sollte die Reformen rückgängig machen. Gleichzeitig plante die Sowjetunion jedoch den Plan B – den Fall, dass die Situation mit politischen Mitteln nicht geklärt werden könne. Dann solle mit militärischen Mitteln wieder für Ordnung gesorgt werden.

Bereits Ende April 1968 wurde die Entscheidung für eine militärische Variante, dem Einmarsch, gefällt. Eine definitive Entscheidung fiel am 17. August.

Am 21. August 1968 gegen Mitternacht marschierten Truppen des Warschauer Paktes – der Sowjetunion, Polens, Bulgariens und Ungarns – in die Tschechoslowakei ein. Die DDR steuerte zwei Divisionen für den sofortigen Einsatz an der Grenze bei. Schwere Flugzeuge dröhnten am Himmel und Panzer erschütterten die Straßen. Mit der sogenannten „Operation Donau“ sollte der Traum von einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ ausgelöscht werden. Doch die Bevöl-

kerung leistete Widerstand; sie verdrehten und vertauschten Ortsschilder, um die Truppen in die Irre zu führen.

Inzwischen wurden Dubcek sowie weitere hochrangige Politiker nach Moskau verschleppt. Am 27. August kehrte er nach Prag zurück. Er war erschöpft und deprimiert, denn er hatte die Kapitulation unterzeichnet. Er tat dies, um ein Blutbad zu verhindern. Dennoch starben über 100 Tschechen und Slowaken. Hunderte wurden zum Teil schwer verletzt. Es folgten im ganzen Land Massenverhaftungen, Parteisäuberungen und Entlassungen. Viele Menschen waren ihrer Hoffnungen beraubt und verließen das Land. Man spricht von ca. 200.000 Menschen, die aus der Tschechoslowakei emigrierten.

Und wie wirkten die Vorgänge der 68er in der DDR? Vorwiegend nahmen die Vorgänge Einfluss auf die Jugend. Junge Ostdeutsche blickten nicht in den Westen Deutschlands; sie schauten auf die östlichen Nachbarn und pilgerten im Frühling und Sommer dorthin, um sich ein Bild von der neuen Freiheit zu machen. Die Musik der Stones und der Beatles gehörte dazu.

Doch schon bald sollte diese freie Beat-Musik verboten werden, was Jugendliche auf die Straßen trieb. In Leipzig kam es zu Protesten, die der Staat mit aller Härte niederschlug. Er verhaftete massenhaft Demonstranten und steckte über 100 für einige Wochen zur Bewährung in den Braunkohletagebau. Über die Medien agitierte der Staat „Rowdytum“, „Langhaarige“, „Verwahrloste“ und „Gammler“. Das störte viele 68er aber kaum und sie hörten und schauten weiterhin Westsender und tauschten selbstaufgenommene Mixed-Tapes mit West-Musik.

Mit der Niederschlagung des Prager Frühlings wurde ihnen jedoch vor Augen geführt, welche Folgen das Fordern nach anderen Verhältnissen haben kann und würde. Und trotz der absehbaren Aussichtlosigkeit von Widerstand war es bemerkenswert, dass es zu Protesten kam. Die Staatssicherheit der DDR schlug allerdings hart gegen Provokateure zu. Viele von ihnen wurden verfolgt und bezahlten mit Gefängnis für ihren Protest.

Daniela Müller  
Redaktion Saalekreis



## Zum Umgang mit der AfD

### Teil 5: Zur Kinder- und Jugendarbeit der AfD

Laut Parteiprogramm gibt es zur Kinder- und Jugendarbeit bei der AfD keine Inhalte. Die AfD misst der individuellen Förderung von jungen Heranwachsenden keine besondere Bedeutung bei. Das betrifft weder die Förderung einer Kinder- und Jugendarbeit, die durch Mit- und Selbstbestimmung, Gleichberechtigung, Partizipation und Teilhabe bestimmt ist, so wie es das Leitbild des Achten Sozialgesetzbuches vorsieht, noch erweiterte Themen wie Freizeit, Sport oder Ehrenamt. Einzig und allein im Strafrecht hat die AfD in ihrem Wahlprogramm eine Forderung bezüglich Jugendlicher aufgenommen – Kinder sollten bereits ab 12 Jahren strafmündig sein. Junge Erwachsene zwischen 18 und 21 Jahren sollen ausnahmslos unter das Erwachsenenstrafrecht fallen. Bisher konnte diese Altersklasse auch unter dem Jugendstrafrecht verurteilt werden, da die Entwicklung von Jugendlichen sehr individuell und von verschiedenen Strukturen betroffen ist. Der Deutsche Bundesjugendring erachtet die AfD für jugendfeindlich und hat einen Unvereinbarkeitsbeschluss veröffentlicht. Das Papier ist unter [www.dbjr.de](http://www.dbjr.de) zu finden.

#### **Interventions- und Handlungsstrategien in der Kinder- und Jugendarbeit:**

- \* Menschenverachtende Positionen hinterfragen
  - o im Rahmen von U18-Wahlen sollen demokratiefeindliche und menschenverachtende Positionen im Wahlprogramm oder Äußerungen von AfD-Politiker\*innen kritisch hinterfragt und diskutiert werden
- \* Schlüsselthemen der AfD erarbeiten
  - o Schlüsselthemen wie Flucht, Asyl, Familie, Presse oder Zweigeschlechtlichkeit sollen besprochen und dazu Gegenentwürfe erarbeitet werden, die sich an Pluralität orientieren
- \* Schnittmengen von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus aufzeigen
  - o Strategien rechter Gruppierungen und inhaltliche oder persönliche Überschneidungen zwischen Neuer Rechten, Rechtsextremen und [...]gida-Bewegungen mit der AfD aufzeigen
- \* Dagegen argumentieren
  - o Es gibt demokratiepädagogische Angebote, durch die eine Argumentationskompetenz gegen menschen-

und demokratiefeindliche Ideologien gefördert werden können, um Jugendliche in ihrer Gegenrede zu bestärken

#### \* Haltung zeigen

o Tragen Sie Ihre Haltung zu Demokratie, Vielfalt und Menschenrechten nach außen. Beteiligen Sie sich an Kundgebungen und Demonstrationen und zeigen Sie sich dort für eine vielfältige, solidarische und offene Gesellschaft.

#### \* Solidarisch zeigen

o Beziehen Sie Stellung, wenn Kinder- und Jugendeinrichtungen und –verbände sowie ihre Mitarbeiter\*innen von AfD-Vertreter\*innen öffentlich diffamiert und angegriffen werden. Schreiben Sie Pressemitteilungen, Solidaritätsbekundungen, gemeinsame öffentliche Erklärungen, wenden Sie sich an die Lokalpresse und schließen Sie Bündnisse.

#### \* Selbstbewusst und stark bleiben

o Lassen Sie sich durch verbale Angriffe der AfD in Parlamenten hinsichtlich der Förderung von Projekten oder einzelnen Jugendverbänden nicht einschüchtern und setzen Sie Ihre Arbeit fort. In schwierigen Fällen leiten Sie rechtliche Schritte ein oder bitten Sie zivilgesellschaftliche Akteure wie die Amadeu Antonio Stiftung um Rat.

Die in Berlin und Hannover ansässige ju:an-Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit entwickelt Konzepte und Instrumente, um Antisemitismus und Rassismus zusammen zu denken und zu bearbeiten. Die Praxisstelle berät, schult und coacht Multiplikator\*innen der (offenen) Kinder- und Jugendarbeit bei der Umsetzung nachhaltiger antisemitismus- und rassismuskritischer Praxis. [www.projekt-ju-an.de](http://www.projekt-ju-an.de)

Für alle, die den Beitrag gern nachlesen wollen. Die Broschüre „Positionen, Konfrontieren, Streiten: Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD“ ist bei der Amadeu Antonio Stiftung erschienen.

An dieser Stelle endet unser Exkurs über den Umgang mit der AfD.

Daniela Müller  
Redaktion Saalekreis

## Post von Lene

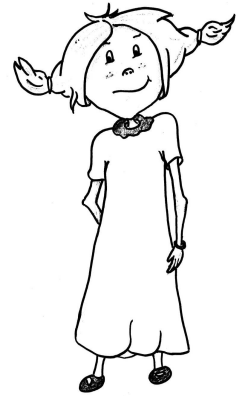
Hallo, liebe Linke,  
wie gerne hätte ich weiter in der Ostsee gebadet – aber jeder Urlaub ist einmal zu Ende! Und dann der Schulstart- nicht auszuhalten war es in den Klassenräumen bei der Hitze und leider kein Hitzefrei wie für die Kleinen in der Grundschule! Jetzt ist es rein wärmemäßig wieder auszuhalten. Ich schreibe euch aber vor allem, weil ich nebst meinen besten Kumpels Anton und Leo entsetzt bin und eine große Wut im Bauch habe. Dass so etwas wieder möglich sein könnte, hätten wir nicht gedacht. Ich meine das, was in Chemnitz passiert ist und weiter passiert, wenn wir und alle einigermaßen Linksfühlenden nicht zusammenhalten, wenn es gegen die Rechten, vor allem die neuen Nazis geht. Ja, ich bin auch sehr traurig darüber, dass in Chemnitz bei einem Stadtfest ein Mann mit einem Messer angegriffen und getötet worden ist. Die Täter sind vermutlich junge Ausländer. Und die müssen dafür auch hart bestraft werden. Aber, was dann passierte, ist unglaublich .und ganz schlimm. Dieses traurige Ereignis nutzten die Rechten sofort aus, riefen zu einer Demo auf, um Hass gegen alles, was nicht „deutsch“ ist, zu verbreiten.

Sogar eine Fernsehmoderatorin des ZDF namens Dunja Hayali soll dort übelst beschimpft worden sein, als sie mit den Demonstranten gesprochen hat. Raus kam, dass sie gefälligst die Klappe halten soll, weil sie „nicht deutsch“ wäre. Wahrscheinlich, weil sie einen ausländischen Namen hat. Opa sagte auf meine Frage hin, dass er Respekt vor ihr hat, weil sie sich trotz alledem nicht aus der Ruhe bringen ließ. An der Spitze der rechten Demo zogen bekannte Nazi-AfDler, wie z.B Höcke aus Thüringen, Pegida, das rechte Bündnis „Pro Chemnitz“ und Hooligans (ich dachte bisher immer, dass die nur bei Fußballspielen rumpöbeln) und jede Menge echte Nazis aus der gesamten Bundesrepublik, Die hätten ungestraft den Arm zum Nazi-gruß ausstrecken können? Und das Schlimme ist, denen folgten Chemnitzer, die von sich sagten, dass sie keine Rechten und schon gar keine Nazis sind.

Und das alles am Denkmal von Karl-Marx - Oma sagt, der würde sich im Grabe rumdrehen, wenn er das hätte sehen müssen. Es sollen ungefähr 5000 Leute zusammengekommen sein. Das alle habe ich

aus angestrichenen Zeitungsartikeln und aus Befragung meiner Eltern und Großeltern rausgekriegt.

Und nun etwa ganz Tolles: Unter der Losung „Wir sind mehr“ kamen berühmte Rockgruppen, die meine Eltern und Großeltern kennen, nach Chemnitz und gaben ein trittsfreies Konzert, das mehr als 65000 Leute besucht ha-



ben. Die Namen der Gruppen find ich ein bisschen seltsam, aber ich schreibe sie mal auf, weil ich sie wegen ihres Auftreten gegen Rechts bewundere: „Tote Hosen“, „Kraftklub“, „Feine Sahne Fischfilet“. Ich glaube, dass sie erreicht haben, dass man nicht ganz Chemnitz in die rechte Ecke stellen kann.

Ich finde, es müsste noch viel mehr solcher Veranstaltungen gegen Rechts geben. Opa erzählte mir, wie die Nazis 1933 an die Macht gekommen sind und was für furchtbare Verbrechen an Juden, an Kommunisten, Sozialdemokraten, Studenten wie Hans und Sophie Scholl, begangen worden sind. Viele wurden einfach in Zuchthäuser oder Konzentrationslager (KZ) gesperrt und zu Millionen ermordet und verbrannt oder in Massengräbern verscharrt, die sie selber ausheben mussten.

Eine Gruppe von AfD-Leuten wurde aus der Gedenkstätte des KZ Sachsenhausen rausgewiesen, weil sie dort behauptet hatten, dass es rein technisch gar nicht möglich gewesen sein konnte, dass 6 Millionen Juden in KZs wie Auschwitz umgebracht und verbrannt worden sind. Das wäre also eine Lüge? Und weiter passiert mit solchen Leuten nichts? Und jetzt? Sind plötzlich die Ausländer an Hartz 4 und Billigjobs und so schuld?

Meine Großeltern haben mir ein kleines Büchlein zum Lesen gegeben.

Es wurde von einem jüdischen Mädchen geschrieben, das von den Nazis umgebracht worden ist und trägt den Titel „Das Tagebuch der Anne Frank“

Dann könnte ich ja auch mal in meiner Klasse darüber sprechen.

Versprochen!

Tschüss Eure Lene

## Politische Bildung im Landesverband

Die politische Bildung hat in unserer Partei vielfache Funktionen.

Insbesondere die neuen Mitglieder sehen sich in keiner Tradition der Quellparteien; oft sind sie schlicht zu jung dafür. Allein „aus dem Bauch heraus“ oder aus moralischer Empörung ist linke Politik auf Dauer nicht machbar - und es stellen sich mit unserem Programm ganz praktische Fragen: Was verstehen wir unter demokratischem Sozialismus und wie wollen wir dort hinkommen? Warum setzen sich Profitinteressen gegenüber den sozialen und demokratischen Interessen der überwältigenden Mehrheit der Menschen durch? Warum sind wir gegen den Ausverkauf öffentlichen Eigentums? Die Beantwortung dieser und weiterer Fragen können sich die Teilnehmenden an unserer politischen Bildung systematisch erarbeiten. Es geht

also zunächst um grundlegende programmatische Positionen unserer Partei. Allein die Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten für die alltäglichen Aufgaben wäre zu wenig und würde zu wenig aussichtsreicher Handwerkelei verführen. Wir wollen mit unserer Bildungsarbeit auch Hoffnung für ein gutes Leben vermitteln und Lust auf Widerstand gegen neoliberale Zumutungen.

### **Der Landesvorstand hat am 20. März 2018 die Kommission »Politische Bildung« einberufen.**

Nach der Konstituierung gehören der Kommission folgende Genossinnen und Genossen an: Jenny Schulz, Conny Behr, Stine Rummel-Strebelow, Henriette Krebs, Tobias Baum, Stephan Krull, Mario Blasche und Alexander Sorge.

### **AKTUELLE BILDUNGSVERANSTALTUNGEN**

#### **Neumitgliederseminare 2018**

Neumitgliederseminar für die Regionen für die Regionen Magdeburg, Börde, Jerichower Land, Harz, Salzlandkreis, Stendal und Altmark findet am 22. September 2018 von 09:00 – 17:00 Uhr in den Tagungsräumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Ebendorfer Straße 4 in 39104 Magdeburg statt. Lust, Zeit und Neugierig? Dann melde dich bitte bis zum 14. September 2018 telefonisch unter 0391 - 732 4840 oder per Email unter [lgst@dielinke-lsa.de](mailto:lgst@dielinke-lsa.de) an. Über deine Teilnahme würden sich die Referentinnen und Referenten des Bildungskollektivs sehr freuen.

Die vollständige Einladung findest Du hier.

Neumitgliederseminar für die Regionen Halle, Saalekreis, Burgenlandkreis, Mansfeld-Südharz, Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg findet am 24. November 2018 von 09:00 – 17:00 Uhr in Halle (Saale) statt.

#### **Linke Politik in der Kommune**

Unser Seminar »Linke Politik in der Kommune« für die Regionen Magdeburg, Börde, Jerichower Land, Harz, Salzlandkreis, Stendal und Altmark findet am 23. September 2018 von 09:00 – 17:00 Uhr in den Tagungsräumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Ebendorfer Straße 4 in 39104 Magdeburg statt. Lust, Zeit und Neugierig? Dann melde dich bitte bis zum 14. September 2018 telefonisch unter 0391 - 732 4840 oder per Email unter [lgst@dielinke-lsa.de](mailto:lgst@dielinke-lsa.de) an. Über deine Teilnahme würden sich die Referentinnen und Referenten des Bildungskollektivs sehr freuen.

Unser Seminar »Linke Politik in der Kommune« für die Regionen Halle, Saalekreis, Burgenlandkreis, Mansfeld-Südharz, Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg am 25. November 2018 von 09:00 – 17:00 Uhr in Halle (Saale) statt.

## Die Fraktion DIE LINKE/Grüne im Gemeinderat Schkopau stellt vor:

Unseren Bürgermeisterkandidaten Michael Teske. Kommen Sie mit ihm ins Gespräch und prüfen Sie unseren Kandidaten auf Herz und Nieren. Sein Motto ist »Eine Politik mit den Bürgern und für die Bürger«. Gestalten Sie mit ihm zusammen unsere Gemeinde. Beginnen Sie am:

**Dienstag, dem 25. September um 19:00 Uhr**  
im Bürgerbüro Raßnitz, Fischerwinkel 14

**Sonabend, dem 29. September ab 15:00 Uhr**  
zum Herbstfest der Fraktion DIE LINKE/Grüne im Garten des Bürgerhauses Schkopau, Schulstraße 18

Treffen Sie auch die linke Landtagsabgeordnete Kerstin Eisenreich und plaudern Sie mit ihr in netter Atmosphäre über Kommunalpolitik von links.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

**Nicht vergessen: am 14.10.2018 sind Bürgermeisterwahlen. Michael Teske wählen!**

**Was sind Ihre Ideen für die Zukunft unserer Gemeinde?**  
Schreiben Sie mir: [Michael.Teske@DIELINKE-Schkopau.de](mailto:Michael.Teske@DIELINKE-Schkopau.de)  
Und besuchen Sie ihn auf facebook: [facebook.com/Michael.Teske.LINKE](https://facebook.com/Michael.Teske.LINKE)

